

**vorab per Telefax: 02238-808 443**

Konferenz der Bürgermeisterinnen  
und Bürgermeister der Kommunen  
des Rhein-Erft-Kreises  
c/o Herrn Dr. Karl August Morisse  
Alte Kölner Straße 26

50259 Pulheim

17.03.2005

**Kreishaushalt 2005  
Sondersitzung des Kreisausschusses am heutigen Tage**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Herr Dr. Morisse,

heute hat die Sondersitzung des Kreisausschusses zum Haushalt 2005 stattgefunden, über deren wesentliche Ergebnisse ich Sie kurz informieren will.

**Beratung und Beschlussfassung über die von den kreisangehörigen Kommunen und Einwohnern des Rhein-Erft-Kreises eingebrachten Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung und ihrer Anlagen für das Haushaltsjahr 2005**

Die SPD-Kreistagsfraktion hat beantragt, die Einwendungen der zehn BürgermeisterInnen des Rhein-Erft-Kreises inklusive des Ergänzungsschreibens vom 11.03.2005, die Einwendung der Stadt Wesseling vom 09.03.2005 sowie der Stadt Bergheim vom 11.02.2005 zu beschließen.

Dieser Antrag wurde nicht zur Abstimmung gestellt, weil zuvor alle Einwendungen mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN zurückgewiesen wurden.

**Bei den Beratungen über den Entwurf der Haushaltssatzung und ihrer Anlagen ist folgendes aus unserer Sicht bemerkenswert.**

- Die Verwaltung hat zur Sitzung einen aktualisierten Veränderungsdienst vorgelegt, der eine Verringerung des Zuschussbedarfs in Höhe von 1,383 Mio. €, gleichbedeutend 0,35 %-Punkte Kreisumlage, zum Inhalt hat. (Anlage 1; die Anlagen werden mit getrennter Post zugesandt.)

...

Bei der Beratung des Verwaltungshaushaltes wurde deutlich, dass die Kreistagsmehrheit an einer strukturellen Bearbeitung des Haushaltsentwurfes nicht interessiert ist.

Dies wird unseres Erachtens insbesondere durch folgende Beispiele belegt:

- Die FDP beantragte einen neuen Ansatz von 7.500 € für einen Partnerschaftenwettbewerb, der im Rahmen einer Simulation von Jugendlichen durchgeführt werden soll. Vom potentiellen Nutznießer des Haushaltstitels lag kein Antrag vor. Die Diskussion nährt die Vermutung, dass der potentielle Nutznießer dieser Haushaltsmittel noch nichts von seinem Glück weiß. Dieser Ansatz wurde gegen die Stimmen von SPD mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN beschlossen.
- Auf FDP-Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ein neuer Haushaltstitel in Höhe von 15.000 € für eine „Potenzialanalyse zum Einsatz und zur Verwertung spezifischer Biomassen“ beschlossen – trotz vielstimmigem Vortrags, dass auf allen Ebenen (Bund, Land, Rheinische Landwirtschaftskammer) ausreichend Untersuchungen zum alternativen Einsatz von Zuckerrüben vorliegen. Offenbar soll hier der erhebliche Nachholbedarf der FDP, der bei einer entsprechenden Veranstaltung mit rheinischen Landwirten in Sachen Zuckermarktordnung festgestellt wurde, auf Kosten des Steuerzahlers gedeckt werden.
- Ein Antrag der FDP, der neue Mittel in Höhe von 30.000 € für ein „Gutachten zur Ermittlung von Stärken und Schwächen vorhandener Industrieflächen einschließlich Handlungsempfehlung zur Industrieansiedlung“ betrifft, wurde an die WfG überwiesen und wird Ihnen im Rahmen der dortigen Budgetplanung vermutlich wieder begegnen, ebenso ein FDP-Antrag in Höhe von 40.000 € für eine „Meinungsumfrage zur Zufriedenheit mit kommunaler (sic!) Verwaltung“.
- Ein Antrag der FDP (5.000 €), der einen neuen Zuschuss an „Organisationen der Behindertenhilfe zur Weiterbildung ehrenamtlicher Helfer“ betrifft, wurde gegen die Stimmen der SPD angenommen. Auch hier liegt weder der Verwaltung noch dem Antragsteller ein Antrag der entsprechenden Organisation vor. Auch hier steht zu vermuten, dass die potentiellen Empfänger des Geldes noch nichts von ihrem Glück wissen.

...

- Sämtliche Straßenbaumaßnahmen werden noch einer Wertung der Verwaltung unterzogen, in der gewürdigt werden soll, ob in diesem Jahr Zuschüsse von Dritten zu erwarten sind und ob unabweisbare Notwendigkeiten vorhanden sind, z. B. Unfallschwerpunkte. Diese Liste soll rechtzeitig vor der Verabschiedung des Haushaltes am 07.04.2005 den Fraktionen vorgelegt werden.
- Ein Antrag der SPD, in der Druckversion des genehmigten Haushaltes 2005 alle freiwilligen Leistungen deutlich zu kennzeichnen, wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN abgelehnt.
- Ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, neu 4.000 € für ein „Gutachten zur Gesundheitsprävention in Kindertagesstätten und Grundschulen“ vorzusehen, wurde angenommen und auf unser Verlangen hin mit einem Sperrvermerk versehen, bis die Gesundheitskonferenz des Rhein-Erft-Kreises, die noch nicht mit diesem Antrag befasst war, dazu Stellung genommen hat.
- Mit Mehrheit nahm der Kreisausschuss wieder Zuschüsse an Naturschutzverbände und ein Klimabündnis von insgesamt 5.550 € in den Haushalt auf.
- Gegen die Stimmen der SPD wurden auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen neu 4.000 € für eine Studie zur einer „Schnellbuslinie im Rhein-Erft-Kreis“ aufgenommen.
- CDU und FDP legten eine gemeinsame Antragsliste (Anlage 2) vor, mit der sie die Kreisumlage (einschließlich des o.g. Veränderungsdienstes der Verwaltung in Höhe von 1,383 Mio. €) von 2,44 auf 0,89 %-Punkte senken wollen.

CDU und FDP kommen damit auf eine Summe von Minderausgaben von 6.076.000 Mio. €. Davon sind nach unserer ersten Beurteilung knapp vier Mio. € Luftbuchungen, die sich in diesem Haushaltsjahr kaum realisieren lassen werden. Nämlich

#### **1. Senkung der Personalkosten um 1,2 Mio. €**

Der Ansatz für Personalkosten im Haushalt 2005 soll nach den Vorstellungen von CDU und FDP im Haushaltsjahr 2005 um 1,2 Mio. € gesenkt werden können und zwar durch folgende Effekte:

- Verlagerung von Personal zur Kreisleitstelle
- Auswirkungen von Hartz IV
- Einstellungsstopp
- Erhöhung der Wochenarbeitszeit für die Beamten des Kreises
- Aussetzung von Neueinstellungen von Azubis, welche die Beamtenlaufbahn anstreben

...

Nach unserer überschlägigen Rechnung entspricht dies 24 vollen Stellen, die in den verbleibenden drei Quartalen des Jahres 2005 erwirtschaftet werden müssen. Die Tatsache, dass die Hartz IV bezogenen Stellen nur höchstens ein halbes Jahr wirken können, verschärft den Umsetzungsdruck. Die Kreisverwaltung hat diese Vorgabe dementsprechend zurückhaltend kommentiert und diesen Antrag als „Richtschnur“ bezeichnet.

2. Die zweite Luftbuchung ist eine **Zuführung zum Vermögenshaushalt**, die **durch den Verkauf der Paul-Krämer-Schule alt** in Frechen-Buschbell in Höhe von 1,22 Mio. € erzielt werden soll. Hier handelt es sich um ein nicht mehr benötigtes Schulgebäude, das nach KGST-Gutachten mit einem Wert von 3,7 Mio. € bewertet ist und dessen „Teilverkauf“ in 2005 einen Erlös von 1,22 Mio. € bringen soll. Nach unserer Einschätzung ist weder ein Gesamtverkauf, noch ein Teilverkauf dieses Grundstückes in 2005 zu realisieren, da es sich um ein Gebäude handelt, das aufgrund seiner speziellen Nutzungsmöglichkeiten nur einen sehr kleinen Käuferkreis anspricht. Außerdem ist das Gebäude vollständig von Wohnbebauung umringt, so dass sich dadurch starke Nutzungseinschränkungen ergeben.
3. Die dritte Luftbuchung ist ein Hoffen von CDU und FDP auf eine **Absenkung der Landschaftsumlage**, die mit **1,25 Mio. €** in den Haushalt eingestellt wird.

An diesen drei Ansätzen mögen Sie erkennen, dass es bei der Mehrheit um die Ernsthaftigkeit der Absenkung der Kreisumlage nicht gut bestellt ist.

- Die Ablieferung von Vergütungen von Nebentätigkeiten, die der Landrat auf Erlass des Innenministers NRW dem Kreishaushalt zuführen muss, ist nach einem gemeinsamen Antrag von CDU und FDP mit 13.000 € für 2005 angesetzt. Diese Mittel sollen jedoch nicht im Kreishaushalt verbleiben, sondern dauerhaft der Stiftung von Herrn Stump, St. Martin, in Höhe der Einnahmen zugeführt und damit wieder in private Verfügungsgewalt gegeben werden, um, wie es im Antrag heißt, „sinnvolles bürgerschaftliches Engagement“ zu unterstützen.
- Für einen **Pensionsfonds** des Rhein-Erft-Kreises soll ein Aktienpaket im Wert von **15 Mio. €** reserviert werden, das bei der Finanzierung von Investitionen dann nicht mehr zur Verfügung steht – mit der Folge, dass die Investitionen des Kreises zum Schaden der Wirtschaft noch stärker sinken oder Kreisumlage-treibend kreditfinanziert werden müssten.

Sehr geehrter Herr Dr. Morisse, wir bedauern sehr, Ihnen keine besseren Nachrichten übermitteln zu können. Sie und Ihre KollegInnen in den Kommunen des Rhein-Erft-Kreises dürfen also weiterhin mit den Steuergeldern ihrer BürgerInnen die teuren Hobbys einiger Kreispolitiker finanzieren, zukünftig sogar das „bürgerschaftliche Engagement“ des Privatmannes Stump.

Sie sehen, dass die politische Mehrheit im Rhein-Erft-Kreis weit von der Forderung der Kommunen entfernt ist, Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Kommunen zu nehmen und sich am gesetzlich zugewiesenen Aufgabenbestand, den Kernaufgaben des Kreises, zu orientieren.

Für uns ist die vorgegaukelte Absenkung der Kreisumlage reine Kosmetik, die mit Haushaltskonsolidierung nichts zu tun hat.

Ich habe mir erlaubt, zeitgleich ein Fax (ohne Anlagen) an Ihre KollegInnen zu senden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Hardy Fuß MdL  
Fraktionsvorsitzender

f.d.R.  
Renate Hahlweg  
Fraktionssekretärin

**Anlagen**